

Bezugspreis:

frei ins Haus monatlich 4,— Mark.

Einzelnummer 30 Pfg.

Bestellungen sind an die Expedition
Brotbankengasse Nr. 14, zu richten.

GAZETA

DZIENNIK GDAŃSKI

Redaktion und Geschäftsstelle:

Danzig, Brotbankengasse Nr. 14

Telefon Nr. 1866 Postscheck-Konto Nr. 1307

Bank-Konto: Bank Kwilecki, Potocki & Cie.

Danzig, Hundegasse Nr. 85

Nr. 16

Danzig, den 22. Dezember 1921

I. Jahrg

Die polnische Schiffbauindustrie und das Schiffbaustadium auf der Technischen Hochschule in Danzig.

Die polnische Schiffbauindustrie steckt noch in den Kinderschuhen. Längs der ganzen Weichsel und ihrer Zuflüsse befinden sich einige Werften, die sich augenblicklich ausschließlich mit Reparaturen und Remonten von Flusschiffen beschäftigen. Besonders verdient erwähnt zu werden im ehem. preuss. Teilgebiet die Werft „Lloyd Bydgoski“ („Bromberger Lloyd“) in Kapuścisko bei Bromberg a. d. Brahe. Vor dem Kriege wurden auf dieser Werft auch neue Schiffe und Schiffsmaschinen gebaut. An der mittleren Weichsel befindet sich die Anlage grösserer staatlicher Schiffswerften im Anfangsstadium. An der oberen Weichsel befasste sich mit Schiffbau in der Vorkriegszeit die bekannte Maschinenfabrik Zieleniewski in Krakau. Die Schiffbauindustrie an der Weichselmündung in Danzig ist mehr auf die See eingestellt, und nur ein Teil kleinerer Werften befasst sich auch mit dem Bau von Flusschiffen und Kahnern. Die Nachfrage nach schwimmenden Objekten war bei dem geringen Umfang der Weichselschiffahrt vor dem Kriege nicht gross. Die Danziger Werften wären instande einen Teil des gegenwärtigen Bedarfs und des zukünftigen grösseren Bedarfs der polnischen Binnenschiffahrt zu decken. Infolge der Weltaunterschiede sind jedoch die Danziger Fabrikate verhältnismässig teuer. Dasselbe lässt sich in noch höherem Masse von Reparaturen sagen, die in Danzig ausgeführt werden. Aber aus Mangel an eigenen Werften in der Nähe von Danzig müssen polnische Schiffsfirmer vorläufig die Danziger Werften in Anspruch nehmen.

Eine eigene Schiffsindustrie unter den jetzigen Verhältnissen in Polen zu schaffen, ist nicht leicht. Der Mangel an Spezialisten, Facharbeitern und Technikern ist sehr gross. Mit solchen Hindernissen hatten auch andere Industriezweige zu rechnen, die sich früher in Polen neu zu organisieren begannen. Dass Privatunternehmer sich bis dahin sehr wenig mit der Begründung von Schiffsindustrie beschäftigt haben, daran scheint die fatale Verstaatlichung der Schiffahrt schuld gewesen zu sein. Diese Verstaatlichung kann jetzt Gott sei Dank für erledigt gelten.

Die letzten Tage haben Nachrichten gebracht, die einen neuen Zeitabschnitt für die Schiffsindustrie in Polen voraussehen lassen. Es ist dies die Nachricht von der Begründung der Aktiengesellschaft „Krajowe Stocznie Okretowe“ („Reichsschiffswerft“) in Warschau mit einem Anlagekapital von 75 000 000 Mark. Diese Aktiengesellschaft beabsichtigt eine Werft in Dirschau zu bauen. Die zweite Nachricht bezieht sich auf einen Plan der englischen Weltfirma „Vickers und Armstrong“, welche eine grosse Schiffswerft und Reparaturwerkstätten für den Schiffbau in dem Holzhafen beim Alten Thorn, 8 km die Weichsel abwärts von der Stadt Thorn, anzulegen beabsichtigt. Der Holzhafen bei Alt-Thorn, der einstens mit grossen Kosten begründet wurde, und augenblicklich unausgenutzt daliegt, for-

dert geradezu zur Schaffung einer solchen Industrie direkt heraus.

Es besteht auch die Hoffnung, dass das englische Projekt in absehbarer Zeit in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Die Werft in Dirschau würde mehr ihr Augenmerk auf den Bau von grösseren Seeschiffen lenken, während die Werft bei Thorn das Schiffsmaterial liefern könnte, das Polen für seine Binnenschiffahrt braucht. Jedenfalls lässt sich die Tatsache feststellen, dass die Engländer die Zukunft der Weichselschiffahrt günstig beurteilen.

Wenn Polen gleich bei der Organisierung der polnischen Schiffsindustrie zum Teil auf fremdes Kapital liefern könnte, das Polen für seine Binnenschiffahrt um jeden Preis dem polnischen Volke entsprechenden Einfluss auf die Entwicklung dieser Industrie sichern. Das aber wird nur gelingen, wenn seine Jugend, die zu technischem Schaffen Begabung hat, sich für die Schiffbauindustrie intensiver interessiert. Glücklicherweise hat die Technische Hochschule in Danzig eine besondere Abteilung für den Bau von Schiffen und Schiffsmaschinen. Im Sommersemester 1921 liessen sich in dieser Abteilung drei polnische Studenten immatrikulieren. Diese Zahl ist natürlich verschwindend gering, wenn man bedenkt, dass das normale Studium über vier Jahre dauert. Der augenblickliche Zustand der polnischen Schiffsindustrie und Schiffahrt überhaupt war wohl in-stande, die polnische Jugend für das Studium von Schiffbau nur wenig zu begeistern. Auch in Zukunft wird der Wirkungsbereich, die Bewegungsfreiheit bei der Auswahl einer Lebensstellung in der Schiffsindustrie nicht so gross sein als auf anderen industriellen Gebieten. Das bezieht sich jedoch nur auf Fachingenieure im Schiffbau, jedoch nicht auf Ingenieure im Schiffsmaschinenbau, für welche genau dieselben guten Aussichten für ihre berufliche Zukunft bestehen, wie für jeden anderen Ingenieur des allgemeinen Maschinenbaufaches.

Im Interesse unseres Volkes läge es also, dass eine grössere Anzahl von Studenten aus der mechanischen Abteilung nach der Abteilung für Schiffsmaschinenbau hinüberginge und dabei sich weit mehr, wie es der Studienplan vorschreibt, mit der Konstruktion von Schiffen und besonders von Flusschiffen beschäftigte. Ein in dieser Weise vorbereiteter junger Ingenieur wird eine solche Fachausbildung besitzen, wie sie für die Leitung von Remontewerften für die Binnenschiffahrt am meisten erfordert wird und dem betreffenden Ingenieur die Möglichkeit eines Wechsels der Lebensstellung zur Besserung seiner materiellen Verhältnisse zu garantieren in stande ist. Um den für die Schiffsindustrie nötigen Stab von Technikern mit mittlerer Fachausbildung zu schaffen, müsste man besondere Kurse an irgend einer Maschinenbauschule einrichten.

Ing. Franciszek Fojut.

Schiffer hat Sorgen.

Aus Breslau wird berichtet, dass der deutsche Bevollmächtigte für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen, Herr Schiffer, während der letzten Sitzung des ober-schlesischen deutschen Rates folgendes erklärt hat:

„Wenngleich die deutsch-polnischen Verhandlungen in der ober-schlesischen Frage sich streng an die durch die Genfer Entscheidung gezogenen Grenzen halten sollen, so halte ich es dennoch für meine Pflicht, in diesen Verhandlungen dahin zu wirken, dass der Einfluss der deutschen Kultur in seiner ganzen bisherigen Grösse auch in dem Teil Oberschlesiens erhalten bleibt, der Polen zugesprochen worden ist.“

Im Namen des deutschen Rates ergriff hierauf das Wort Dr. Lukaszek und erklärte, dass auch die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens diesen Punkt für den wichtigsten halte.

Die Sorge um die deutsche Kultur sollte doch ausschliesslich Sache der das polnische Gebiet bewohnenden deutschen Bevölkerung sein und nicht des deutschen Reiches und Herrn Schiffers.

Generalissimus Foch über den Friedensvertrag von Versailles.

Stefan Lauzanne gibt im „Matin“ Einzelheiten aus der Unterredung des Feldmarschalls Foch während dessen Aufenthalts in Amerika bekannt. Foch erklärte, danach,

dass der Friedensvertrag von Versailles ein unvollkommenes Werk sei, weil er Frankreich nicht die nötigen Mittel in die Hand gibt, Deutschland zur Erklärung der eingegangenen finanziellen Verpflichtungen anzuhalten. Nach Ansicht des Marschalls Foch ist die einzige Garantie die Besetzung der Rheinlinie. Der Feldmarschall hat seiner Zeit einen Plan ausgearbeitet, in welchem er vorsah, dass zur Besetzung der Rheinlinie drei Divisionen ausreichen würden, eine mit dem Hauptquartier in Köln, die zweite in Mainz und die dritte in Koblenz. Auf die Wichtigkeit dieser Angelegenheit habe der Feldmarschall öfters die Aufmerksamkeit der Kabinettsmitglieder Clemenceaus gelenkt, aber ohne Erfolg. Der Friedensvertrag von Versailles sei in einer Form geschlossen, für welche Frankreich zum Zahlen gezwungen sein wird in dem Augenblick, in welchem die Deutschen sich der Einhaltung der Verpflichtungen widersetzen werden.

Ein kriegerischer Heeresbefehl Trotzki's.

Der „Temps“ macht folgenden kriegerischen Befehl Trotzki's an die „Rote Armee“ bekannt:

„Mit Hilfe französischen, japanischen und anderen Goldes sind die Grenzen unseres Reichsgebietes und die Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens ständig bedroht, ebenso durch die unloyale Haltung Polens, Rumäniens, Finnlands und der Küsten des Stillen Ozeans. Trotz der falschen Reden in Washington, die auf der dortigen Konferenz von kapitalistischen Diplomaten gehalten wurden, mehrten sich bedrohliche Anzeichen. Es genügt nicht friedfertig zu sein, wir müssen auch stark sein, um unsere Unabhängigkeit zu verteidigen. Die einzige Antwort der Roten Armee auf die letzten Ereignisse müssten verdoppelte Anstrengungen zur Vermehrung der Zahl ihrer Soldaten sein. Die Kriegsindustrie und das ganze Land werden der Roten Armee ihre Hilfe angedeihen lassen. Sei wachsam, roter Soldat!“

Zu diesem säbelrasselnden Tagesbefehl lässt sich sagen, dass man für einen so kriegerischen Mund im Notfall ein wirksames Pflaster finden wird.

Letzte Nachrichten.

Volle Verständigung zwischen Polen und Danzig.

Warschau, 21. XII. (AUE.) Die in Warschau seit Montag weilenden Delegierten des Danziger Senats haben sich heute abends nach Danzig begeben. Die Verhandlungen über das Inkrafttreten des Danzig-polnischen Wirtschaftsabkommens haben zur vollkommenen Verständigung in allen strittigen Fragen geführt.

Die Reorganisation der Finanzbehörden Polens.

Warschau, 21. XII. (AUE.) Finanzminister Michalski schreitet in der nächsten Zeit zur Reorganisation der Finanzbehörden der ersten und zweiten Instanz. Die Reorganisation wird durchgeführt auf Grund der Befugnisse, mit welchen er durch das Gesetz zur Sanierung der Staatsfinanzen ausgestattet ist.

Vor dem Abschluss des polnisch-russischen Handelsabkommens.

Warschau, 21. XII. (AUE.) Der Sowjetgesandte Karachan hat sich nach Moskau begeben. Seine Reise steht im Zusammenhang mit den Verhandlungen über das polnisch-russische Handelsabkommen, welche möglichst bald beginnen sollen. Die Führung der Gesandtschaft hat in seiner Abwesenheit der erste Sekretär der Sowjetgesandtschaft Lorenz übernommen.

Die Ausführung des Rigaer Friedensvertrages.

Warschau, 21. XII. (AUE.) Unter dem Vorsitz des Herrn Tytus Filipowicz fand heute die Sitzung der interministeriellen Kommission zur Ausführung der Bestimmungen des Rigaer Vertrages statt. In dieser Sitzung wurde der bisherige Stand der betreffenden Arbeiten besprochen. Die nächsten Sitzungen werden der Bearbeitung der Pläne für die nächste Zukunft gewidmet sein.

Die Juden nehmen an den Wilnaer Wahlen teil.

Wilno, 21. XII. (AUE.) Die jüdische Arbeiterorganisation „Bund“ hat den Beschluss gefasst, an den Wahlen zum Wilnaer Landtag teilzunehmen.

Der polnische Staatschef nimmt an der Abstimmung in Wilna teil.

Der polnische Staatschef Józef Piłsudski hat sich als Stimmberechtigter zu den Wahlen zum Wilnaer Landtag in einem der Wahlbüros gemeldet, wo man ihn als den 1250 Stimmberechtigten in die Wählerlisten eingetragen hat. Der polnische Staatschef wird seine Stimme in dem Lokal abgeben, welches sich in der Wilnaer Universität befinden wird. Es wird hochinteressant sein, für welche Parteiliste der Staatschef Piłsudski stimmen wird.

Europas Zuschüsse zur Bekämpfung der Epidemien in Polen.

Das Sekretariat des Völkerbundes hat das Ministerium des Auswärtigen in Warschau benachrichtigt, dass die tschechische Regierung eine Million tschechischer Kronen zu dem Fonds, das im Völkerbund zur Bekämpfung der Epidemien in Polen begründet wurde, hinzugezahlt hat. Die belgische Regierung hat zu den 1000 Pf. Sterling, die sie schon früher zahlte, jetzt einen neuen Zuschuss in derselben Höhe geleistet. Im allgemeinen haben die Länder, die zum Völkerbunde gehören, für Bekämpfung der Epidemien in Polen 126 000 Pf. Sterling zahlt.

Polnische Noten

5,86

Dollar

164,82

Die Polen im Danziger Volkstage „das Zünglein an der Wage“.

Der reaktionäre Block in Danzig erschüttert.

Der Danziger Senat hatte bekanntlich eine Besoldungsvorlage ausgearbeitet, die eine ziemlich weitgehende Dezentralisierung der Danziger Ämter wie z. B. des Polizeipräsidiiums und der Zolldirektion vorsah. Die Sparsamkeitstendenzen, die jetzt überall so betont werden und in Danzig auch ganz besonders am Platze sind, traten in dem Senatsvorschläge nur wenig oder garnicht hervor. Vorgestern wurde trotzdem die Besoldungsvorlage durch die nationalistische Mehrheit des Volkstages in zweiter Lesung angenommen.

Die dritte Lesung von gestern aber ergab einzelne hochinteressante Momente. Die Redner aller Parteien mit Ausnahme der Deutsch-nationalen und des Centrums erklärten sich gegen die Vorlage des Senats und für das Projekt des Hauptausschusses, der im Gegensatz zum Senat für die Zentralisierung der Verwaltung, die grössere Abhängigkeit der einzelnen Ämter vom Senate und die grössere Verantwortlichkeit des Senats für das Ganze war. Ausserdem begründeten die gegen die Senatsvorlage auftretenden Redner auch überzeugend die Notwendigkeit von grösseren Ersparnissen in Danzig.

So kam es denn zur Abstimmung und diese zeigte hochinteressante und überraschende Resultate. Alle Parteien, die ganze Linke, die Deutsche Partei und die Polen stimmten gegen die Vorlage des Senats und für den Vorschlag des Hauptausschusses. Schliesslich wurde gestern der Vorschlag des Senats in dritter Lesung verworfen und der des Hauptausschusses mit 57 gegen 50 Stimmen angenommen. An dieser Abstimmung ist besonders bemerkenswert der Riss, der sich zwischen der bis dahin festgefügtten bürgerlichen Mehrheit gezeigt hat, und die Rolle der Polen, die obwohl sie nur in der Zahl von 5 Abgeordneten vertreten waren, die entscheidende Rolle des Züngleins an der Wage gespielt haben. Die Stellungnahme der Polen hätte jeder der beiden fast gleich starken Parteien den Erfolg sichern können. Die Polen haben sich auf die demokratische Seite geschlagen und so den Vorschlag der Rechten, die sich aus der Deutsch-nationalen Partei und dem Centrum zusammensetzte, zu Fall gebracht.

Was soll das bedeuten?

Der Provinzialausschuss der Provinz Westpreussen in Danzig?

Bekanntlich ist die Freie Stadt Danzig auf Grund der Vorschriften des Friedensvertrages von Versailles vom Deutschen Reiche losgelöst worden. Die Provinz Westpreussen ist als Wojewodschaft „Pomorze“ an Polen gefallen. Einen Provinzialausschuss von Westpreussen mit einem Sitz in Danzig dürfte es nun einige Jahre nach dem Friedensvertrage nicht mehr geben. Falls es sich um einen Provinzialausschuss für die Restteile des ehemaligen Westpreussen, die bei Deutschland verblieben sind, handeln sollte, so hätte auch ein solcher Provinzialausschuss auf reichsdeutschem Boden und nicht in Danzig tagen müssen und dort „dem deutschen Bunde Heimatschutz zur Förderung des Deutschtums in den Grenzländern Beihilfen bewilligen“ können. Und doch lesen wir in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ folgende Meldung:

Der Provinzialausschuss der Provinz Westpreussen hielt am Dienstag unter Leitung des Vorsitzenden Kommerzienrat Wieler eine Sitzung im früheren Oberpräsidialgebäude in Danzig ab. Die in Preussen genehmigten Besoldungssätze wurden für die Provinzialbeamten angenommen. Zur Deckung der erforderlichen Mittel wurde ein Nachtrag zum Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1921 aufgestellt und genehmigt. Assistentin Schmidt, Hauptlehrer Domburg und Krankenpfleger Sendowski wurden auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt. Den Stadtgemeinden Dt. Krone und Riesenburg wurden für Zwecke des Wegewesens und dem Deutschen Bunde Heimatschutz zur Förderung des Deutschtums in den Grenzländern Beihilfen bewilligt. Einem Studierenden der Technischen Hochschule in Danzig wurde ein Stipendium verliehen. Ferner wurde die Erhebung von Rindviehversicherungsbeiträgen für die Gebiete der Restprovinz Westpreussen und der Freien Stadt Danzig beschlossen.

Was soll das bedeuten?

Ein Ministerium „für polnische Angelegenheiten“ in Kowno.

Aus Kowno wird berichtet, dass in der Budgetvorlage Litauens für das Jahr 1922 Ausgaben für ein Ministerium „für polnische Angelegenheiten“ vorgesehen sind. Ein Ministerium „für jüdische Angelegenheiten“ existiert bekanntlich bereits in Kowno.

Reichsdeutsche Pressestimmen.

Eine „zufällige“ Konferenz Rathenau's. — Vorschläge Lloyd Georges oder deutsche Träume von einer Teilnahme am grossen Dreibund. — Der Wiederaufbau Russlands und die Redseligkeit der Sowjets. — Die Deutschen gegen die polnische Toleranz. — Eine Flut von Prozessen vor deutschen Kaufmannsgerichten.

Die deutschen Zeitungen bringen in grossen und fetten Lettern Nachrichten über den angeblichen Verlauf der Londoner Konferenz und die „privaten“ und „zufälligen“ Bemühungen Rathenau's. Der deutschfreundliche „Manchester Guardian“ bringt diese Nachrichten zuerst. Daraus könnte man den Schluss ziehen, dass Lloyd George folgende Vorschläge machen wird:

„England verzichtet auf seinen Reparationsanteil und auf seine Rechte als Gläubiger Frankreichs, wofür England von Frankreich in demselben Masse die deutschen Schuldbriefe zur Vernichtung erhält. Die jetzige Entente wird in einen Dreibund England, Frankreich und Deutschland verwandelt. Frankreich verpflichtet sich zur Abrüstung und verzichtet auf alle Rüstungen zur See gegen England. England dagegen verpflichtet sich, Frankreich von allen Angriffen von der

Seeseite zu schützen. Einen auf dieser Grundlage geschlossenen Vertrag müsste man einer internationalen Konferenz vorlegen, an welcher auch ein Vertreter von Sowietrussland teilnehmen müsste.“

Es ist klar, dass diese Nachrichten eher einen frommen deutschen Wunsch als die tatsächliche Stimmung englischer Regierungskreise darstellen, wenn es sich nicht überhaupt um einen Probeball oder eine Probe, deutsche Träume zu popularisieren, handelt.

Der bekannte deutsche Industrielle Arnold Rechberdt bespricht im heutigen „Tag“ das Verhältnis der europäischen Industrie zu Sowietrussland und wiederholt dabei seine frühere Auffassung, dass der Wiederaufbau Sowietrusslands nur bei ausgiebigster Mitarbeit der europäischen Industrie möglich ist. Er kommt jedoch zu dem Schluss, dass der Wiederaufbau gewaltig erschwert wird durch die Tatsache, dass unter der Sowiet Herrschaft jedwede Garantie für eingesetztes Kapital fehlt, weil die Sowjets alle Verträge nur insoweit und solange einhalten, als sie hieraus ihren Nutzen ziehen.

Garantie könnte man nur dann erlangen, wenn man die Sowjets speziell für die Arbeit der europäischen Industrie interessieren könnte. General Hoffmann erklärte vor einigen Tagen in einem Interview in der skandinavischen Presse, dass die Herrschaft der Sowjets sich hauptsächlich auf den Hunger und das Elend der durch sie geknechteten Völker stützt. Die Sowjets wünschen eine gründliche Instandsetzung der russischen Eisenbahnen durch die europäische Industrie, weil diese ihnen unbedingt nötig sind für die Bewegungen der Roten Armee. Die Sowjets möchten auch gerne Fabriken, Kohlenbergwerke und Hütten in Betrieb setzen, weil diese ihnen zur Herstellung von Kriegsmaterial nötig sind. Aber die Sowietregierung würde alle europäischen Industriellen in dem Augenblick verjagen, in welchem sich deren Tätigkeit für sie unbequem gestalten würde. Alle bis dahin geschlossenen angeblich sachlichen Transaktionen zwischen den Sowjets und der europäischen Industrie sind gewöhnliche betrügerische Arbeit. Denn die europäische Industrie sieht ihre Aufgabe in einem Aufbau, die Sowjets in einem Niederreißen und Vernichten.

Der Warschauer Korrespondent des „Berliner Tageblatts“, Stein, veröffentlicht in seinem Blatte einen Artikel, der sich mit angeblichen Verfolgungen der völkischen Minderheiten in Polen befasst und erklärt dabei, dass die polnische Verfassung nur auf dem Papier existiert, weil alle völkischen Minderheiten, besonders die Juden, Deutschen und Ukrainer jeglicher Rechte beraubt sind und für Sklaven gehalten werden. Den Deutschen hat man das Optionsrecht genommen; die Gesetze gegen die Kommunisten richten sich nicht gegen die Kommunisten allein. Schliesslich unterzieht Stein die Posener Rede des Ministerpräsidenten Ponikowski einer scharfen Kritik und erklärt am Ende, dass in Oberschlesien oder in Gent es nicht ausreichen wird, den Text der polnischen Verfassung durchzulesen, wenn von den Rechten und dem Schutz der nationalen Minderheiten die Rede sein wird, sondern man müsse die Stimme der nationalen Minderheiten, die nach Millionen zählen, selber anhören. Auf jeden Fall meint Herr Stein, würden sich die nationalen Minderheiten in Polen bedeutend wohler fühlen, wenn man sie nach preussischen Methoden, statt im Sinne der traditionellen polnischen Toleranz behandeln würde. Vielleicht geht die polnische Regierung auf den Vorschlag Steins ein.

Dieselbe Zeitung veröffentlicht auch einen Artikel mit der Überschrift: „Die Hochflut der Klagen beim Kaufmannsgericht“, in welchem sie bedauert, dass, je besser in Deutschland die Geschäfte von statten gehen, desto mehr Prozessbeschwerden vor dem Kaufmannsgericht anhängig gemacht werden, dass augenblicklich die Zahl der Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewaltig gestiegen ist, auf die kaufmännische Moral dagegen auf beiden Seiten ebenso gewaltig gesunken ist.

Man bedenke doch, dass diese Leute auch nach den vom „Berliner Tageblatt“ so sehr verhimmelten preussischen Methoden erzogen worden sind.

Telegramme.

Po'izeipräsident Frobohs in den Kapputsch verwickelt?

Grosse Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion des Danziger Volkstages.

Anlässlich des Hochverratsprozesses gegen v. Jagow und Genossen wurde bekannt, dass die im März 1920 gegen die Hochverräter erlassenen Haftbefehle durch den damals im Berliner Polizeipräsidium beschäftigten Regierungsrat, dem jetzigen Chef der Polizei der Freien Stadt Danzig Frobohs verraten worden sind und dadurch die Flucht Kapps und der übrigen Hochverräter ermöglicht und begünstigt worden ist.

War dem Senat bezw. dem Senator Schümmer von Berufung des Herrn Frobohs in den Dienst der Freien Stadt Danzig dessen Verrat an der deutschen Republik bekannt und was gedenkt der Senat gegen diesen Herrn zu unternehmen?

Gehl u. die übrigen Mitglieder d. Sozialdem. Fraktion.

Amerika zahlt 20 Millionen Dollars Unterstützung an die Hungerleidenden in Russlands.

London, 22. XII. (WTB). Aus Washington wird gemeldet, der Senat hat den vom Repräsentantenhaus genehmigten Geszentwurf angenommen, durch den 20 Millionen Dollars zur Unterstützung für die Hungerleidenden in Russland gewährt werden sollen.

Die Wirtschaftslage Ungarns.

Eine Rede des Finanzministers.

Budapest, 21 XII. (WTB.) In der Nationalversammlung erklärte der Finanzminister Kallay bei der Einbringung des Budgets, der Kostenanschlag für 1921—22 schliesse mit einem Fehlbetrag von 6500 Millionen Kronen, was jedoch bei dem hohen Kronenkurs berechtigt sei. Es dürfte daher der dem Defizit entsprechende Sturz der Krone noch grösser werden. Der Minister legte sodann die Notwendigkeit einer gründlichen Reform des Steuersystems dar, dass grösstenteils alle wesentlichen zu erhebenden direkten Steuern behandeln soll, während der Plan einer einmaligen grossen Vermögensabgabe

endgültig fallen gelassen werde. Auf dem Gebiete der Staatsausgaben müsste grösste Sparsamkeit herrschen. Bei der Durchführung der Bodenreform müsse ein Augenmerk auf Erhöhung der Produktion gerichtet werden. Alle diese Anstrengungen würden nicht mehr als eine einfache Existenz des Staates sichern. Die Siegerstaaten müssen erkennen, dass jede Nachricht, die die Krone drückt, auch ihre Interessen schädigt. Die Valutafrage sei international und könne nicht einseitig durch einen Staat gelöst werden. Das Land muss sich darauf beschränken, eine weitere Verschlechterung der Valuta zu verhindern, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen und den Lebensunterhalt der ausgehungerten Klassen möglichst menschenwürdig zu gestalten. Der Minister schloss mit der Erklärung, er hoffe, dass die Nation einen Weg finden werde, welcher aus der schwierigen Lage herausführe.

Wirtschaftlicher Teil.

Die polnische Prämienanleihe. Die staatliche Anleihestelle gibt allen Verkaufsstellen der 4 % Prämienanleihe bekannt, dass der Preis der 4 % Prämienanleihe vom 1. Januar 1922 bis zum 1. April 1922 1060 Mk. pro Stück beträgt, und zwar kostet die Anleihe selbst 1000 Mk., 20 Mk. der jetzige und 40 Mk. der frühere Kupon. Die Provision in Höhe von 15 Mk. bleibt unverändert.

Vom Warschauer Valutamarkt. Die seit einigen Tagen herrschende rückläufige Tendenz der ausländischen Zahlungsmittel setzt sich weiter fort. Der Dollar ist unter 3000 Mark gesunken, während englische Pfunde um 550 Mk. gefallen sind. Analog dazu fallen auch die Effektenkurse, die zeitweilig sehr grosse Kursgewinne zu verzeichnen gehabt haben. Die deutsche Mark hingegen behauptete ihre Kurshöhe, da viel nach Auszahlung gefragt wurde. Es wurden auch viele spekulative Käufe in deutscher Mark vorgenommen.

Stundung polnischer Schulden in der Tschecho-Slovakel. Bei der Regelung der polnischen Guthaben in der Tschecho-Slovakel hat die polnische Regierung eine Stundung bis zum 31. Dezember 1922 erwirkt.

A.-G. Herzfeld und Victorius in Graudenz. Der im letzten Jahre erzielte Reinertrag betrug Mk. 45 Millionen. Nach Abschreibung auf verschiedene Positionen verbleiben Mk. 21 Millionen. Es wird eine Dividende von 20 % ausgeschüttet. Im Berichtsjahr arbeitete die Gesellschaft mit einem Kapital von Mk. 50 Millionen. Im Juli wurde das Aktienkapital auf Mk. 100 Millionen erhöht. Die Aktien der 2. Emission sind vom 1. Juli dividendenberechtigt.

Eine neue Naphtagrube. A.-G. „Gazolina“ in Lemberg fand in Daszawa Kreis Stryj in einer Tiefe von 390 Meter reichliches Erdgas. Es wurde bereits ein Kontrakt zwecks Weiterleitung des Gases nach den umliegenden Städten abgeschlossen.

Danziger Devisen vom 19. Dezember.

Devise	21. 12. Geld	21. 12. Brief
Dollarnoten	164,82	164,17
Telegr. Auszahl. London	719,25	719,75
do. Amsterdam	6318,65	6331,35
Kościszko Noten	5,86	5,89
Auszahlung Warschau	5,83 1/2	5,86 1/2
do. Posen	—	—
do. Pommerellen	—	—

Berliner Stimmungsbild.

Berlin, 21. XII. Die Bewegung der Devisenkurse schwankt nach oben und unten, je nach der Beurteilung, die die aus London zum Teil sich widersprechenden Nachrichten finden. Nachdem gestern Abend eine kleine Befestigung des Dollars erfolgt war, kam im Vormittagsverkehr eine entscheidende Abwärtsbewegung zum Durchbruche, da die Situation für Deutschland günstiger aufgefasst wurde. Hierin vollzog sich aber ein wesentlicher Wandel, als die Meldung bekannt wurde, wonach die massgebenden Staatsmänner Englands und Frankreichs auf der auf der Entrichtung der am 15. Januar fälligen Zahlung seitens Deutschlands zu bestehen scheinen. Der Dollar stieg infolgedessen von 162 auf über 170, und die übrigen Devisen schlossen sich dieser Steigerung voll an. Zu grösseren Umsätzen kam es aber nicht, da offenbar das spekulative Element grosse Zurückhaltung bekundete. Eine Wirkung dieser Schwankung am Devisenmarkt auf den Effektenhandel war kaum feststellbar, da sich nirgends Neigung zu Geschäftsabschlüssen kundgab. Allerdings schien im Gegensatz zu gestern die Stimmung eher einen festen Anstrich zu gewinnen. Man glaubt aber nicht an eine Belebung der Geschäfte noch in diesem Jahre.

Devisenkurse.

Berlin, 21. XII. Amsterdam-Rotterdam 6293,70, Buenos Aires 57,65, Brüssel-Antwerpen 1336,15, Christiania 2707,25, Kopenhagen 3556,40, Stockholm 4355,60, Helsingfors 331,15, Italien 779,20, London 731,75, New York 172,82, Paris 1393,60, Schweiz 3366,60, Spanien 2557,40, Wien Dtl.-Oestr. abgest. 6,58, Prag 232,75, Budapest 26,27, poln. Noten 6.

Hiermit haben wir die Ehre, dem G. P. mitzutellen, dass wir ab

20. Dezember 1921

die Agentur der Intern. Schlafwagen-Gesellschaft
in Danzig, Heiligegeistgasse 134

übernommen haben.

Poln. Reisebureau „Orbis“

G. m. b. H. — Lemberg.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Grimmann in Danzig.
Druck „Towarzystwo Wydawnicze Pomorskie“.
Verlag „Zjednoczenie Wydawnicze Polskie w Gdańsku“.